Der Landrat

Beratungsergebnis

der 21. Sitzung des Kreisausschusses
am Montag, dem 08.05.2023

Tagesordnungspunkt:

Öffentliche Sitzung

7. Bildungsmonitoring: Umsetzung der Handlungsempfehlungen und Stellenmehrbedarf - DS-Nr.: 5936 -

Der Landrat wies darauf hin, dass der Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport eine geänderte Beschlussempfehlung verabschiedet habe. Mitglied Hardieck (CDU-Fraktion) teilte als Vorsitzende des Fachausschusses ergänzend mit, dass sich der Ausschuss einstimmig dafür ausgesprochen habe, zunächst die Haushaltsplanberatungen 2024 abzuwarten.

Die GRÜNE-Fraktion teilte mit, dass sie dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Allerdings dürfe sich ihres Erachtens das Bildungsmonitoring nicht ausschließlich auf Schüler beziehen. Man müsse auch diejenigen Menschen im Blick haben, die bereits im Berufsleben stünden und vom Chancenqualifizierungsgesetz profitieren wollten oder die eine niedrigqualifizierte Tätigkeit ausübten, sich aber weiterentwickeln wollten. Nach Aussage des Bundesministers für Arbeit und Soziales sei das größte Potenzial, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, die Reaktivierung von Frauen aus der Nichterwerbstätigkeit. Auch diese Personengruppe brauche eine Qualifizierung, um wieder ins Berufsleben einzusteigen. Sie wolle daher wissen, ob auch dieses Handlungsfeld beim Bildungsmonitoring berücksichtigt werde.

Die Verwaltung merkte an, dass sie aufgrund der heutigen Abwesenheit von Frau Kreisdirektorin Koch sich lediglich aus Sicht des Jobcenters äußern könne, welches ebenso beteiligt sei. Es finde dort auch eine Betrachtung der Erwachsenenbildung statt. Sie stellte heraus, dass man sich erst ganz am Anfang befinde, weshalb man zunächst bei den Bereichen beginne, wo Daten vorlägen. Unter Umständen müsse man bestimmte Erhebungen auch selbst in Auftrag geben. Sie halte es für ein wichtiges Thema, gerade mit Blick auf den Bildungsstand derjenigen, die Leistungen nach dem SGB II erhielten. So würde man unmittelbar Kosten sparen, wenn man diese in Arbeit bringe; dazu sei als erster Schritt häufig eine Qualifizierung erforderlich.

Mitglied Hardieck (CDU-Fraktion) bedankte sich für den Hinweis der GRÜNE-Fraktion und ließ wissen, dass man das Thema im Blick behalten werde.

Die SPD-Fraktion äußerte, dass das Bildungsmonitoring sehr wichtig sei, auch im Hinblick auf die Gewinnung von Fachkräften. Damit dieses entsprechend fachlich begleitet werden könne, bedürfe es einer weiteren Stelle in der Abteilung Bildung. Grundlage sei erst einmal die berufliche Erstausbildung, um junge Menschen an die Arbeit heranzuführen.

Die AfD-Fraktion erklärte, dass sie den Beschlussvorschlag ablehnen werde. Zwar werde das Bildungsmonitoring prinzipiell positiv gesehen; sie wolle aber keine zusätzliche Stelle schaffen.

Sodann fasste der Kreisausschuss folgenden

Beschluss:

Für die kontinuierliche Fortschreibung des Bildungsmonitorings Berufliche Bildung und die Umsetzung der Handlungsempfehlungen wird in den Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2024 über die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle TVöD EG 11 beraten.

Ergebnis: 15 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme